

Helmut Kohl:

Eindrucksvolle Bilanz ist kein Zufallsergebnis

Der Bundeskanzler zur wirtschaftlichen Lage

Der Arbeitsmarkt in der bisherigen Bundesrepublik präsentiert sich zu Herbstbeginn 1990 in hervorragender Verfassung: 28,8 Mio. Arbeitsplätze bedeuten einen Zugewinn von über 700 000 Arbeitsplätzen allein in den letzten 12 Monaten. Gleichzeitig ist die Arbeitslosigkeit auf den niedrigsten Stand seit Beginn der 80er Jahre zurückgegangen. Erstmals lag die Arbeitslosenzahl wieder unter der 1,7-Millionen-Marke.

Dies ist um so bemerkenswerter, als im Verlaufe des vergangenen Jahres weit über 1 Million Deutsche aus dem Ausland und der ehemaligen DDR in die bisherigen Bundesländer gekommen sind. Kurzarbeit und Jugendarbeitslosigkeit, die bei Amtsantritt dieser Bundesregierung als bedrückende Erblast übernommen werden mußten, sind nahezu vollständig verschwunden. Diese beeindruckende Bilanz, die die bisherigen Erwartungen positiv übertrifft, ist kein Zufallsergebnis. Sie ist das Ergebnis einer konsequenten und beharrlichen Politik Sozialer Marktwirtschaft in den zurückliegenden Jahren. Sie hat zu einer nachhaltigen Investitionsdynamik, höheren Einkommen, wachsender Beschäftigung und zurückgehender Arbeitslosigkeit geführt. Im internationalen Bereich haben wir eine unbestrittene Spitzenposition erreicht.

(Fortsetzung auf Seite 2)

HEUTE AKTUELL

- **Alfred Dregger**
Erfolgreiche Bilanz der CDU/
CSU-Bundestagsfraktion.
Seite 3
- **Bundestag**
Verbraucherschutz gestärkt.
Seite 6
- **Gesundheitsreform**
Fakten von heute widerlegen
Angstmache von gestern. Seite 7
- **Umweltschutz**
Entlastungen trotz steigenden
Verkehrsaufkommens. Seite 9
- **Verfassung**
Kommunales Ausländerwahl-
recht verfassungswidrig / Die
Union hat ihr Klageziel er-
reicht. Seite 13
- **Öffentlichkeitsarbeit**
Materialien für den Bundes-
tagswahlkampf '90.
Seite 20 bis 24
- **Dokumentation**
10 Pluspunkte für den Mittel-
stand. Grüner Teil

(Fortsetzung von Seite 1)

Vor diesem Hintergrund haben wir alle Chancen, auch mit den Schwierigkeiten und Herausforderungen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR fertigzuwerden.

Hier signalisieren die jüngsten Arbeitsmarktdaten, daß wir uns mitten in der schwierigen Übergangsphase von der sozialistischen Kommandowirtschaft in die Soziale Marktwirtschaft befinden. Zugleich zeigen diese Daten aber auch, daß Katastrophen-Szenarien, die von manchen Seiten immer wieder herbeigeredet werden, keine Grundlage haben.

Im Gegenteil. Es gibt bereits jetzt durchaus Zeichen der Ermutigung. Neue Betriebe werden gegründet — seit Jahresbeginn über 200 000 Gewerbeanmeldungen. Neue Arbeitsplätze entstehen. Umschulung und Qualifizierung der Arbeitnehmer kommen in Gang. Bei Weiterbildung und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen haben sich die Teilnehmerzahlen zuletzt nahezu verdoppelt. Die Kurzarbeit ist zuletzt nur noch geringfügig gewachsen, die Zunahme der Arbeitslosigkeit ist geringer ausgefallen als von vielen erwartet.

Dies alles macht deutlich: Bei allen Schwierigkeiten und Problemen sind wirtschaftliche Fortschritte klar erkennbar. Und das wichtigste ist: Inmitten vielfältiger Veränderungen in Europa gibt es für die Menschen in ganz Deutschland eine ermutigende Zukunftsperspektive.

Investitionswelle in Ost-Kommunen zu erwarten

Die Bonner Milliarden-Investitionsprogramme für die Kommunen, die Regionalförderung und den Wohnungsbau in den neuen Ländern werden nach Mitteilung der Bundesregierung jetzt verstärkt in Anspruch genommen und 1991 zu „einer großen Investitionswelle“ führen. Innen- und Wirtschaftsministerium teilten mit, die Kommunen hätten bereits bis zum 31. Oktober 333 Anträge auf knapp 2,1 Milliarden Mark Darlehen des zehn Milliarden Mark umfassenden Infrastruktur-Programms in Anspruch genommen.

Nach Angaben von Innenstaatssekretär Horst Waffenschmidt (CDU) läßt die Nachfrage erwarten, „daß sich die Investitionstätigkeit der Kommunen in den fünf neuen Bundesländern weiter steigern“ werde. Auch das Interesse für das 15-Milliarden-Programm der Regionalförderung und das 10-Milliarden-Programm für die Wohnungsmodernisierung in der ehemaligen DDR hätten in den letzten Tagen stark zugenommen, so daß für 1991 mit einer großen Investitionswelle in den neuen Bundesländern zu rechnen ist.

CDU-Wahlspots in den neuen Bundesländern

Das Deutsche Funk- und Fernsehen (DFF) sendet in den neuen Bundesländern Wahlspots der CDU zu folgenden Sendezeiten:

Montag, 12. 11. 1990, 20.00 Uhr, 2. Programm; Donnerstag, 15. 11. 1990, 19.57 Uhr, 1. Programm; Samstag, 17. 11. 1990, 22.00 Uhr, 2. Programm; Dienstag, 20. 11. 1990, 21.30 Uhr, 1. Programm; Montag, 26. 11. 1990, 22.00 Uhr, 2. Programm; Freitag, 23. 11. 1990, 21.45 Uhr, 1. Programm; Dienstag, 27. 11. 1990, 20.00 Uhr, 2. Programm; Donnerstag, 29. 11. 1990, 19.57 Uhr, 1. Programm.

Alfred Dregger:

Erfolgreiche Arbeit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Die CDU/CSU hat mit ihrer Arbeit in dieser Legislaturperiode wichtige Grundlagen für eine erfolgreiche Wahlauseinandersetzung am 2. Dezember 1990 geschaffen. So haben wir mit der dreistufigen Steuerreform unsere Bürger um jährlich 50 Milliarden Mark entlastet. Das hat unsere Wirtschaft beflügelt. Das Ergebnis ist: Allein im Jahre 1991 werden die Steuereinnahmen des Staates bzw. der Gebietskörperschaften um rund sieben Prozent, das heißt um 40 Milliarden Mark höher sein als im Jahr 1990. Wir haben also dem Bürger gegeben, was des Bürgers war, und dennoch sprudeln die Steuerquellen kräftiger als zuvor.

Das beweist: Eine gute Steuerpolitik ist auch immer eine gute Wirtschaftspolitik. Es ist ein Grundfehler der Sozialdemokraten, neue Aufgaben immer nur durch neue Steuern und Abgaben finanzieren und regeln zu wollen. Während wir diese Steuerentlastung durchsetzen, haben die Sozialdemokraten immer wieder und zu allen möglichen Zwecken Steuererhöhungen und neue Abgaben gefordert; mehr als 50 mal! Ihnen fällt wirklich nichts besseres ein. Deshalb glaubt ja auch Lafontaine, die Deutsche Einheit nur über eine Steuererhöhung machen zu können. Das wäre der exakt falsche Weg. Auf diese Weise würde der Aufschwung, den wir in den neuen Bundesländern brauchen, im Keim erstickt. Das haben uns jetzt auch noch einmal die Sachverständigen in ihrem Herbstgutachten bestätigt. In der Sozialen Marktwirtschaft ist eine

gute Wirtschaftspolitik schon für sich genommen eine gute Sozialpolitik. Und zusätzlich schafft sie den Spielraum für soziale Gestaltung. Den haben wir genutzt.

Die zweite große Reform, die wir gegen nahezu alle Verbände und gegen eine schier unglaubliche Desinformationskampagne durchsetzen mußten, war die Gesundheitskostenreform. Wir haben den bis dahin unbegrenzten Ausgabenanstieg der Krankenversicherungen gestoppt. Viele Kassen haben inzwischen zur Freude ihrer Mitglieder die Beiträge gesenkt. Wir haben mit dieser Gesundheitsreform gleichzeitig die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß in Zukunft die häusliche Pflege als eine humane und vernünftige Alternative zu den Pflegeheimen finanziell abgestützt werden kann.

Auch bei der Rentenversicherung drohte die Zahlungsunfähigkeit. Das war noch eine Altlast aus der Zeit der SPD-Regierung. Wir haben mit der umfassenden Rentenreform 92 dafür gesorgt, daß die Rentner wieder Vertrauen in die Zukunft haben können, daß die Renten wieder sicher sind. Und gleichzeitig haben wir flexiblere Regelungen eingeführt.

Wir haben darüber hinaus den Familienlastenausgleich verbessert und über die Regelungen der Steuerreform hinaus das Kindergeld erhöht (zum Beispiel für das zweite Kind ab 1. Juli 1990 um 30 auf 130 Mark). Seit Oktober gibt es wesentlich mehr Wohngeld. Seit dem 1. Juli 1989 gibt es Erziehungsurlaub und Erziehungsgeld für 18 Monate. Nirgendwo in der Welt gibt es eine vergleichbare Leistung

für Eltern und Kinder. Wir werden diesen Weg weitergehen. Das ist auch wichtig, wenn wir bei der anderen Frage, die wir in dieser Fraktion nicht nur anlässlich des Einigungsprozesses leidenschaftlich und engagiert diskutiert haben, weiterkommen wollen: Beim Schutz des ungeborenen Lebens.

Damit nenne ich die wahrscheinlich schwierigste Aufgabe, die wir in der nächsten Legislaturperiode lösen müssen; und zwar bald! Bei dieser Aufgabe, bei der es um erste und letzte Fragen geht, müssen wir eine im wahrsten Sinne des Wortes befriedigende, eine befriedigende Antwort finden. Wir müssen im vereinten Deutschland ein einheitliches Recht schaffen, ein besseres zudem, als es heute in den beiden Rechtsräumen in unterschiedlicher Weise gilt. Dafür brauchen wir eine starke Union.

Unter unserer Regierungsverantwortung ist die Bundesrepublik Deutschland in der Umweltpolitik von einem Nachzügler zu einem Schrittmacher für Europa geworden. Wir haben in dieser Wahlperiode unter anderem den Schadstoffausstoß unserer Kraftfahrzeuge verringert und das bleifreie Benzin in ganz Europa durchgesetzt. Wir haben das Bundesimmissionsschutzgesetz novelliert und das Abwasserabgabengesetz zum Schutz unseres Trinkwassers und unserer Gewässer. Wir haben das Chemikaliengesetz geändert, mit dessen Hilfe wir z. B. die Voraussetzungen dafür geschaffen haben, daß die Belastung unserer Atmosphäre mit Fluorchlorkohlenwasserstoffen verringert wird. Andere reden über das Ozonloch. Wir haben gehandelt.

Wenn wir in den neuen Bundesländern unterwegs sind und telefonieren wollen, dann fällt uns gelegentlich eine weitere schwierige Reform ein, die wir gegen erhebliche Widerstände durchsetzen mußten: Wir haben die Deutsche Bun-

despost neu strukturiert und damit die Voraussetzung für die Modernisierung unserer Kommunikationssysteme geschaffen. Schnelle, zuverlässige und preiswerte Kommunikation, das ist ein wichtiger Produktionsfaktor. Das gilt in unserer zentralen geographischen Lage in besonderer Weise.

Wir haben die Wiedervereinigung bekommen, weil wir sie gewollt und weil wir sie gestaltet haben. Es gab bei uns keine Bedenkenträger, die in dieser historischen Situation nur in Kostenstellen gerechnet haben. Es gab bei uns auch keine Neidhammel, die der historischen Chance auf die Deutsche Einheit nicht anders begegnen wollten als mit Angst um ihre Besitzstände. Alle haben begriffen: Dies müssen wir leisten und dies können wir leisten.

Zitat

Lob für Kohls Europapolitik

In einem Kommentar der „Zeit“ findet die Europapolitik von Bundeskanzler Kohl Zustimmung. Dort heißt es: „Kohls Durchbruch kam 1988. Während der deutschen Präsidentschaft im ersten Halbjahr hatte er endlich seinen Auftritt. In einem Kraftakt sondergleichen gelang es ihm damals, eine schwere Finanz- und Verteilungskrise der Gemeinschaft zu beenden. Sie hatte sich vier Jahre dahingeschleppt und die zwölf bis zur Bewegungsunfähigkeit blockiert. Mit viel Geld räumte er die Trümmer in der Landwirtschafts- und Haushaltspolitik weg, stockte den Regionalfonds für die unterentwickelten Gebiete der EG auf und schaffte es schließlich, die Sicht für den Blick auf den großen Markt 1991 freizumachen. Aber es war nicht nur die D-Mark, sondern auch ein zielgerichteter Wille, mit dem er die Krise überwandte.“

Für eine familien- und kinderfreundliche Politik

Die Anfang 1989 auf Vorschlag von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion eingesetzte Kommission „Familien- und kinderfreundliche Politik“ hat ihre Arbeit abgeschlossen. In ihrem Bericht schlägt sie Maßnahmen zur weiteren Verbesserung der Familienpolitik vor. Diese Vorschläge sollen vor allem Diskussionsgrundlage der Familienpolitik von CDU und CSU sein, die auch in Zukunft zentrale Bedeutung behält.

Die Kommission weist darauf hin, daß die Realisierung ihrer Vorschläge von den finanziellen Möglichkeiten des Bundes, der Länder, der Gemeinden sowie der sonstigen betroffenen Körperschaften abhängig ist.

Sofort realisiert werden können und sollen jedoch alle Maßnahmen, die keine oder nur geringe Kosten verursachen. Daneben setzt die Kommission jedoch Schwerpunkte. Sie hält für **unverzichtbar**, bereits zu Beginn der 12. Wahlperiode Maßnahmen zu beschließen, um — entsprechend der Vereinbarung in Artikel 31 Abs. 4 des Einigungsvertrages — ein flächendeckendes Netz von Beratungsstellen auf dem Gebiet der fünf neuen Bundesländer aufzubauen und diese Beratungsstellen personell und finanziell so auszustatten, daß sie ihrer Aufgabe gerecht werden können.

Vorrang gibt die Kommission auch

- der Umsetzung der Urteile des Bundesverfassungsgerichts vom 29. Mai 1990 und vom 12. Juni 1990 zu Kindergeld und Kinderfreibeträgen und
- der Verlängerung von Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub von 18 Monaten auf zwei Jahre, wobei sie die Forderung

an die Bundesländer richtet, ein weiteres Jahr zu gewähren.

Zur Umsetzung der Urteile des Bundesverfassungsgerichts:

1. Das Bundesverfassungsgericht hat die familienpolitische Konzeption der CDU/CSU im Grundsatz bestätigt. Wir werden das duale System des Familienlastenausgleichs daher beibehalten. Die Kritik der SPD, das duale System sei ungerecht, ist vom Bundesverfassungsgericht verworfen worden.

2. Wir sind rechtlich durch die Urteile verpflichtet, die angefochtenen Steuerbescheide aus den Jahren 1983 bis 1985 zu korrigieren. Dies werden wir tun.

3. Darüber hinaus werden wir mit den Ländern auch Gespräche über die Korrektur von bereits bestandskräftigen Steuerbescheiden zu führen haben.

Wenn allerdings für die Korrektur bestandskräftiger Steuerbescheide, die vor fünf bis sieben Jahren rechtskräftig geworden sind, ein exorbitanter Betrag aufgewendet werden müßte, ist zu überlegen, ob die für diese Korrektur aufzubringenden Mittel nicht sinnvollerweise dafür verwendet werden sollten, den Familienlastenausgleich in der Zukunft über das vom Bundesverfassungsgericht festgelegte Mindestmaß hinaus zu verbessern.

4. Denn die Union wird in der kommenden Legislaturperiode den Familienlastenausgleich über die seit 1985 erreichten Verbesserungen hinaus im dualen System so weiterentwickeln, daß eine dauerhaft tragfähige Regelung des Familienlastenausgleichs erfolgt. Dazu werden wir die Kinderfreibeträge und das Kindergeld in der nächsten Legislaturperiode erhöhen.

Verbraucherschutz gestärkt

Mit der Verabschiedung des Verbraucherkreditgesetzes hat der Deutsche Bundestag eine wichtige Weichenstellung im Recht des Verbraucherschutzes vorgenommen. Er hat damit einerseits einer entsprechenden Richtlinie der Europäischen Gemeinschaften entsprochen, andererseits jedoch eigene Akzente im Verbraucherschutz gesetzt. Überdies wurden, um eine Zersplitterung des Rechts zu vermeiden, die Vorschriften des bisherigen Abzahlungsgesetzes eingearbeitet, so daß zeitgleich das Abzahlungsgesetz aufgehoben werden konnte.

Zur Verabschiedung des Verbraucherkreditgesetzes erklären der Berichterstatter der CDU/CSU-Fraktion im Rechtsausschuß, Joachim Hörster MdB, und der Obmann der CDU/CSU-Fraktion im Rechtsausschuß Erwin Marschewski:

Ein Eckpunkt des Gesetzentwurfes ist die Vorschrift über die Anrechnung von Teilleistungen im § 10 Abs. 3 des Verbraucherkreditgesetzes. Die bisherige Rechtslage führte dazu, daß der notleidende Schuldner, der mit den Tilgungen in Rückstand geriet, durch Verzugszinsen, besondere Bearbeitungsgebühren u. a. m., häufig in eine Verschuldungsspirale geriet, bei denen die Kostenfolge des Verzugs den Wert der ursprünglichen Schuld schnell überstieg. Immer wieder neu entstehende Verzugskosten ließen dem Schuldner häufig keine Chance, die Hauptforderung auch nur teilweise zu tilgen. Die Anrechnungsvorschrift des § 10 Abs. 3 schreibt nunmehr vor, daß Teilleistungen des Verbrauchers zunächst auf die Kosten der Rechtsverfolgung, dann auf den übrigen geschuldeten Betrag und zuletzt auf die Zinsen anzurechnen sind. Ferner darf der Kreditgeber Teilzahlun-

gen nicht zurückweisen. Dies stärkt die Position des Schuldners, insbesondere gegenüber den unseriösen „Kredithaien“.

Wichtig ist auch die Einbeziehung der Kredite zum Zweck der Aufnahme einer gewerblichen oder selbständigen beruflichen Tätigkeit, soweit der Nettokreditbetrag 100.000 DM nicht übersteigt, in den Schutzbereich des Verbraucherkreditgesetzes. Damit sollen Gewerbetreibende, Handwerker, Landwirte und Angehörige freier Berufe in der Phase der Existenzgründung bei Abschluß von Kredit- oder Kreditvermittlungsverträgen geschützt werden.

Auch das im Konsumgüterbereich immer häufiger von Verbrauchern in Anspruch genommene Finanzierungsleasing unterfällt künftig den Regelungen des Verbraucherkreditgesetzes. Damit wurde den tatsächlichen Entwicklungen im Konsumgüterbereich Rechnung getragen, weil sich das Finanzierungsleasing als alternative Finanzierungsform zum herkömmlichen Konsumentenkredit längst eingebürgert hat.

Entgegen dem Regierungsentwurf wurde auch das Widerrufsrecht des Verbrauchers bei Verträgen über die Lieferung in Teilleistungen oder wiederkehrende Leistungen — abgeleitet von den bisherigen Bestimmungen des Abzahlungsgesetzes — beibehalten. Unbestritten verbessert das Verbraucherkreditgesetz die Stellung des Schuldners gegenüber der bisherigen Gesetzeslage erheblich. Es ändert jedoch nichts daran, daß der Schuldner zuallererst selbst Verantwortung dafür trägt, ob und in welchem Umfang er Kredite aufnimmt. Wer es mit dem mündigen Bürger ernst meint, muß ihn jedoch auch als für sich selbst verantwortlichen Bürger akzeptieren.

Fakten von heute widerlegen Angstmache von gestern

Als „außergewöhnlich eindrucksvoll“ hat der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium, Horst Seehofer, die Erfolgsbilanz der Gesundheitsreform wenige Wochen vor dem zweiten Jahrestag ihres Inkrafttretens bezeichnet.

Seehofer: „Die Fakten von heute widerlegen die Angstmache von gestern. Die Angst- und Neidkampagnen — inszeniert von der Opposition und einigen Lobbyisten — sind in sich zusammengebrochen. Die Bürgerinnen und Bürger haben die Gesundheitsreform längst akzeptiert. Sie wußten immer, daß eine Reform notwendig war, jetzt spüren sie auch, wie erfolgreich sie ist.“ Die Gegner der Gesundheitsreform, die zum Teil mit schlimmster Propaganda gegen die Reform angekämpft hätten, sollten diese Realität endlich zur Kenntnis nehmen.

„Mit dieser Reform haben Bundesregierung und die sie tragenden Koalitionsfraktionen bewiesen, daß sie den Vorrang des Gemeinwohls vor den Einzelinteressen zu sichern in der Lage sind. Das Gemeinwohl ist der eigentliche Gewinner dieser Reform“, erklärte Seehofer. Es hätten nicht die gewonnen, die am lautesten protestierten, sondern die, die der Hilfe am meisten bedürfen, nämlich die Schwerpflegebedürftigen.

Als wichtigste Eckpunkte der Erfolgsbilanz nannte Seehofer:

eine Urlaubs-Pflegevertretung im Wert von 1.800 Mark, ab 1. Januar 1991 stehen in ganz Deutschland für Schwerpflegebedürftige 400 Mark Pflegegeld oder bis zu 750 Mark für Sachleistungen im Monat zur Verfügung.

Prävention und Früherkennung

Die Gesundheitsvorsorge ist wesentlich ausgebaut worden:

- Alle über 35jährigen, das sind rund 24,6 Millionen Versicherte, haben einen Rechtsanspruch auf einen regelmäßigen „Gesundheits-Check-up“.
- Rund 6 Millionen Kinder profitieren davon, daß die Krankenkassen zusammen mit den Bundesländern eine flächendeckende Gruppenprophylaxe zur Verhütung von Zahnerkrankungen mitfinanzieren.
- Kinder und Jugendliche im Alter zwischen 12 und 20 Jahren können sich einmal im Jahr auf Kosten der Kassen zahnärztlich untersuchen lassen.
- Im Rahmen einer weiteren Vorsorgeuntersuchung werden rund 600.000 Kinder jährlich ein Jahr vor der Einschulung auf Seh-, Hör- und Sprachfehler, Haltungsfehler und Übergewicht untersucht.
- Behinderte Kinder erhalten eine von den Kassen finanzierte Behandlung in Spezialeinrichtungen, den Sozialpädiatrischen Zentren.

Pflege

Erstmals gibt es in der Krankenversicherung nun Leistungen für Schwerpflegebedürftige und ihre Helfer: Seit Januar 1989

Beitragssätze sind gesunken

Ein ebenso wichtiges Ziel der Reform ist es, die Finanzlage der Krankenkassen dauerhaft zu stabilisieren, die Ausgaben

stärker an gesundheits- und sozialpolitischen Prioritäten auszurichten und die Krankenkassenbeiträge wirtschaftlicher zu verwenden.

Das Gesundheits-Reformgesetz markiert einen Wendepunkt in der Ausgabenentwicklung der Krankenversicherung: Nach Jahren ständig steigender Ausgaben und Beitragssätze wurden erstmals im Jahre 1989 die Ausgaben unter das Vorjahresniveau gesenkt.

Inzwischen sind die Beitragssätze auf breiter Front gesunken. 405 Krankenkassen haben ihre Beitragssätze gesenkt. Für insgesamt 12,8 Millionen Versicherte bedeutet dies eine spürbare finanzielle Entlastung.

Zur Zeit beträgt der durchschnittliche Beitragssatz 12,3 Prozent. Ohne Reform wären wir inzwischen bei einem Beitragssatz von mindestens 14,0 Prozent angekommen. Die Differenz spiegelt den tatsächlichen Erfolg der Gesundheitsreform wider: Wir haben — gegenüber einer Entwicklung ohne Reform — inzwischen einen um 1,7 Prozentpunkte niedrigeren Beitragsstand erreicht. Das bedeutet auf ein Jahr hochgerechnet Einsparungen in Höhe von mehr als 16 Milliarden Mark. Der durchschnittliche Arbeitnehmer zahlt heute im Jahr 300 Mark weniger Beitrag, als er ohne Reform zahlen müßte.

Die Selbstverwaltung der Krankenkassen ist durch das Gesundheits-Reformgesetz nachhaltig gestärkt worden. Sie hat weitergehende Möglichkeiten erhalten, die Kosten, die Qualität und die Leistungsfähigkeit der medizinischen Versorgung im Interesse der Versicherten zu beeinflussen.

Mehr Preiswettbewerb durch Festbeträge

Das beste Beispiel hierfür sind die Festbeträge für Arznei- und Hilfsmittel: Nie-

mals zuvor hat es solche Preissenkungen bei Arzneimitteln gegeben wie nach der Einführung der Festbeträge.

Ab 1. Januar 1991 werden insgesamt 72 Arzneimittel-Wirkstoffe mit einem Umsatzvolumen von rund 5,5 Milliarden Mark von der Festbetragsregelung erfaßt sein. Das entspricht mehr als einem Viertel der GKV-Gesamtausgaben für Medikamente. Damit ist ein Einsparvolumen von 945 Millionen Mark pro Jahr realisierbar. Die Versicherten werden dabei direkt um rund 435 Millionen Mark entlastet, weil bei Arzneimitteln mit Festbeträgen die Zuzahlung von 3 Mark wegfällt.

Auch im Hilfsmittelbereich sorgen Festbeträge für eine preisgünstigere, wirtschaftlichere Versorgung der Versicherten.

185.000 neue Betriebe in den neuen Ländern

In der früheren DDR kommt die Privatwirtschaft allmählich in Gang. Wie der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, Matthias Wissmann, mitteilte, sind seit Jahresbeginn 185.000 neue Klein- und Mittelbetriebe entstanden. Rund 3.000 enteignete Unternehmen seien inzwischen wieder in Privathand. Allein das ERP-Existenzgründungsprogramm wird nach Darstellung des CDU-Politikers in Ostdeutschland rund 80.000 neue Arbeitsplätze schaffen oder bestehende sichern. Wissmann betonte, die „Boom-Nachfrage“ nach ERP-Krediten für Investitionen in den neuen Ländern sei ungebrochen. Derzeit lägen fast 50.000, zu 95 Prozent aus Ostdeutschland stammende Anträge mit einem Volumen von 9,7 Mrd. DM vor. Zugesagt seien bereits 44.100 Anträge über Kredite von 4,9 Mrd. DM.

Umwelentlastungen trotz steigenden Verkehrsaufkommens

Trotz eines weiter steigenden Verkehrsaufkommens wird es in den nächsten Jahren zu einer deutlichen Minderung des Kfz-Schadstoff-Ausstoßes kommen. Dies ist das Ergebnis der konsequenten Förderung des schadstoffarmen Autos durch die Regierung Helmut Kohl.

In der Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Koalitionsfraktionen zum Thema „Umwelt und Auto“ wird darauf hingewiesen, daß nach Berechnungen des Umweltbundesamtes in Berlin die Schadstoffe im Verkehrsbe- reich bis zum Jahr 2005 im Vergleich zu 1985 folgendermaßen zurückgehen werden:

- Kohlenmonoxid von 6.320.000 Tonnen auf 1.630.000 Tonnen
- Kohlenwasserstoff von 1.240.000 Tonnen auf 360.000 Tonnen
- Stickoxide von 1.700.000 Tonnen auf 1.030.000 Tonnen
- Partikel von 63.000 Tonnen auf 51.000 Tonnen.

Die positiven Erwartungen stützen sich auf folgende Maßnahmen:

1. Bleifreies Benzin

Mit dem Verbot des verbleiten Normalbenzins Anfang 1988 und der steuerlichen Förderung bleifreien Benzins stieg dessen Absatz deutlich an. Die Bundesrepublik Deutschland (ohne die 5 neuen Bundesländer) hat heute mit rund 70 Prozent (1987: 25,7 Prozent) den höchsten Bleifrei-Anteil in ganz Europa aufzuweisen. Dadurch werden jährlich nahezu

3.000 Tonnen Blei weniger in die Luft geblasen.

2. Schadstoffarmer Pkw

Seit 1985 wurde das schadstoffarme Auto mit einem weltweit einmaligen Förderkonzept durchgesetzt. Ergebnis: Heute sind schon 7,6 Millionen Pkw mit einem Katalysator ausgerüstet, von diesen wiederum 5,8 Millionen (Dezember 1987: 1,08 Millionen) mit einem geregelten Drei-Wege-Kat. Heute verfügen bereits rund 95 Prozent (Dezember 1987: ca. 40 Prozent) der neu zugelassenen Pkw mit Ottomotor über den geregelten Drei-Wege-Katalysator. Damit nimmt die Bundesrepublik Deutschland in der EG die Spitzenstellung ein und leistet einen großen Beitrag zur Luftreinhaltung.

Die Bundesregierung will deshalb auch die geltende Förderung für den Kauf von Katalysatorfahrzeugen bzw. für die Nachrüstung von Altfahrzeugen um 1 Jahr bis zum 31. Juli 1992 verlängern.

Positiv wirkt sich auch die steuerliche Förderung der Kat-Nachrüstung aus. Vom 1. Januar 1990 bis zum 1. Mai 1990 wurde die Nachrüstung von ca. 100.000 Pkw gefördert. Bis zum 1. Juli 1991 wird mit weiteren 400.000 Nachrüstungen gerechnet.

3. Umweltfreundlicheres Betanken Sauberere Kraftstoffe

Das Umweltbundesamt schätzt die Verdunstungsemissionen beim Betanken auf ca. 45.000 Tonnen pro Jahr. Um das

dabei freiwerdende krebserregende Benzol aufzufangen, hat Umweltminister Klaus Töpfer einen Verordnungsentwurf vorgelegt, der u. a. eine Einführung des Gaspindelverfahrens mit Saugrüssel an Tankstellen vorsieht.

Darüber hinaus will die Bundesregierung den Schadstoffgehalt der Kraftstoffe deutlich senken. Der Benzolgehalt im Benzin soll von 5 Prozent auf 1 Prozent und der Schwefelgehalt im Dieselöl von 0,2 Prozent auf 0,05 Prozent herabgesetzt werden; die gefährlichen chlor- und bromhaltigen Benzinzusätze sollen im verbreiteten Benzin verboten werden.

4. Weitere Maßnahmen – insbesondere zur CO₂-Reduzierung

Ziel der CDU-geführten Bundesregierung ist es, den Ausstoß des klimagefährdenden Kohlendioxids bis zum Jahr 2005 um 25 Prozent zu senken. Allein durch die Verlagerung von Verkehr von der Straße auf die Schiene sollen ca. 25 Millionen Tonnen eingespart werden.

Folgende Maßnahmen sind vorgesehen:

1. Die Kfz-Steuer soll sich künftig nicht mehr am Hubraum, sondern am Schadstoffausstoß orientieren. Damit will die Bundesregierung den Herstellern Anreize zur Entwicklung schadstoffarmer Fahrzeuge geben. Je weniger Schadstoffe ein Fahrzeug ausstößt bzw. je weniger Lärm es verursacht, desto geringer wird die Steuerbelastung sein.
2. Noch im November dieses Jahres wird die Bundesregierung konkrete Vorschläge zur CO₂-Minderung vorlegen. Dabei wird sie sich für eine Begrenzung des CO₂-Ausstoßes bei Kraftfahrzeugen und damit für eine Benzin-Verbrauchsbegrenzung einsetzen.
3. Über die Möglichkeit neuer Antriebs-

konzepte hat die Bundesregierung nicht nur geredet, sondern gehandelt. So wurde die Wasserstofftechnologie von 1974 bis 1989 bereits mit 41 Millionen DM, die Methanoltechnologie sogar mit 92 Millionen DM gefördert. Jetzt werden Vorschläge für deren Markteinführung entwickelt.

4. Die Bundesregierung wird die Bildung von Transportketten für Straße, Schiene, Wasser und Luft sowie den öffentlichen Personennahverkehr fördern; umweltfreundliche Verkehrsträger – insbesondere die Schiene – werden gestärkt.

Umweltminister Klaus Töpfer: „Durch die Politik der Bundesregierung ist der Beweis erbracht, daß die Entkopplung von Mobilität und Umweltbelastung möglich ist. Auch bei steigendem Aufkommen müssen die durch den Verkehr verursachten Belastungen für Mensch und Umwelt weiter abgebaut werden. Mit unserem integrierten Konzept werden wir auch künftig die ökologischen Herausforderungen des Verkehrs bewältigen und sicherstellen, daß insbesondere die durch das Auto verursachten Belastungen für Mensch und Umwelt akzeptabel bleiben.“

Flächendeckende Abwasserentsorgung

In der Bundesrepublik Deutschland wurden in den letzten Jahren im Gewässerschutz erhebliche Fortschritte erzielt. So sind heute über 92 Prozent der Einwohner an die Kanalisation angeschlossen. Das Abwasser von über 86 Prozent der Einwohner wird in zentralen Anlagen biologisch gereinigt. Die übrigen Einwohner werden über private Kleinanlagen entsorgt, so daß eine nahezu flächendeckende Abwasserentsorgung gegeben ist. Damit nimmt Deutschland weltweit eine Spitzenstellung ein.

DIHT-Umfrage:

Wirtschaftsoptimismus ungebrochen

„Die westdeutschen Unternehmen gehen mit unverminderter Zuversicht in das kommende Jahr — trotz Golfkrise, nachlassender Weltkonjunktur und höheren Inflationsrisiken. Die Konjunktur hat mittlerweile eine Breite gewonnen, die dem Aufschwung Robustheit und Widerstandsfähigkeit verleiht. Die Wirtschaft im östlichen Teil Deutschlands betrachtet die nächsten Monate bis hinein in das Jahr 1991 als eine besonders schwierige Phase der Umstrukturierung. Viele Unternehmen in den neuen Bundesländern rechnen mit erkennbaren Verbesserungen bereits in der zweiten Jahreshälfte 1991.“

Dies ist das Ergebnis der traditionellen Herbstumfrage des DIHT bei über 17.000 Unternehmen, wobei erstmals auch die Industrie- und Handelskammern in den neuen Bundesländern befragt worden sind.

„Glänzende Perspektiven“

Rund 91 Prozent der befragten westdeutschen Unternehmen rechnen im kommenden Jahr mit einer mindestens gleich guten bzw. besseren Wirtschaftslage. Die Betriebe in den neuen Bundesländern erwarten, daß sich ihre Lage in der zweiten Hälfte des nächsten Jahres spürbar verbessern wird. Bereits heute gibt es erste Lichtblicke. Überdurchschnittlich hoch sind die Erwartungen im Handel, in der Bauwirtschaft und im Dienstleistungsbereich.

Die derzeitigen Planungen lassen erkennen, daß sich die heute bereits beachtli-

che Investitionsdynamik ungebrochen fortsetzt. Die Zahl der Unternehmen, die höhere oder gleich hohe Investitionen planen, erreicht mit 85 Prozent den Höchstwert aller Herbstumfragen. Der DIHT spricht von einem bevorstehenden „Investitionsjahr“.

„Investitionsdynamik ungebrochen“

Rund die Hälfte der befragten westdeutschen Unternehmen werden im kommenden Jahr in den neuen Bundesländern investieren. Auch die Investitionsplanungen der ortsansässigen Unternehmen in den neuen Bundesländern nehmen zu.

„Exportaussichten auch für 1991 gut“

Etwa 86 Prozent aller befragten Unternehmen wollen im nächsten Jahr gleich viel oder mehr exportieren als bisher. Eine gewisse Abschwächung der Exportdynamik, u. a. durch die Aufwertung der D-Mark, wird dabei auch durch die Öffnung der östlichen Märkte aufgefangen. Neuentwickelte Produkte mit Spitzentechnologie und qualitativ verbesserte Waren sind nach wie vor die bewährten Erfolgsrezepte. Produkte „Made in Germany“ stehen in der internationalen Nachfrage ganz oben.

„Vielfach Neueinstellungen geplant“

Die weiterhin günstigen Konjunkturaussichten werden die westdeutschen Unter-

Verhülsdonk/Männle:

Was wir Frauen erreicht haben

10 Jahre Gruppe der Frauen: Das ist sicher ein Grund zum Feiern. Das Jubiläum ist aber auch Anlaß für uns, Rückschau zu halten, was wir Frauen in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in den letzten 10 Jahren erreichen konnten.

Dazu gehört die Anerkennung von Erziehungsleistungen im Arbeitsrecht, im Rentenrecht und beim Familienlastenausgleich, aber ebenso die Berücksichtigung unentgeltlicher Pflegeleistungen von Frauen im Rahmen der Gesundheits-

nehmen auch 1991 zu einer Ausweitung ihres Personalstandes veranlassen. Bereits heute herrscht ein „eklatanter Mangel hauptsächlich an Fach- und Führungskräften“. Trotzdem wird fast ein Drittel aller Unternehmen im kommenden Jahr erneut Arbeitskräfte suchen. Auch in den neuen Bundesländern wird nach dem unvermeidlichen Beschäftigungsabbau bereits ab Mitte nächsten Jahres mit einem tendenziellen Beschäftigungsaufbau gerechnet. Die meisten Neueinstellungen sind im Raum Berlin geplant, während saarländische Unternehmen kaum Neueinstellungen planen. Insbesondere im Dienstleistungsbereich und im Handel sollen neue Arbeitskräfte eingestellt werden.

Die Herbstumfrage bestätigt in allen wesentlichen Bereichen die zuversichtlichen Erwartungen der Bundesregierung. So erwartet der DIHT ein Wachstum von zwei bis drei Prozent im nächsten Jahr. Fazit des DIHT: „das beste Herbstergebnis seit vielen Jahren“.

Steuer- und Rentenreform. Hierdurch sind wir unserem politischen Ziel der Gleichwertigkeit von Erwerbstätigkeit und Familienarbeit ein großes Stück näher gekommen.

Erreichen konnten wir weiterhin, daß die Teilzeitbeschäftigung auch arbeitsrechtlich als eine der Vollzeittätigkeit gleichwertige Arbeitsform anerkannt wurde. Gleichzeitig wurde im Zuständigkeitsbereich des Bundes das Angebot an Teilzeitbeschäftigungsmöglichkeiten erheblich ausgebaut — eine wichtige Voraussetzung für die allgemeine Akzeptanz dieser Arbeitsform, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtert.

Mit der kürzlich neugefaßten Richtlinie zur beruflichen Förderung von Frauen in der Bundesverwaltung wurden unsere Forderungen weitgehend verwirklicht, z. B. die Verpflichtung zur Ernennung von Gleichstellungsbeauftragten in allen obersten Dienstbehörden. Der öffentliche Dienst wird damit seiner Vorbildfunktion im Hinblick auf die Verbesserung der beruflichen Chancen von Frauen gerecht.

Wir verhehlen nicht, daß noch Wünsche auf unserer Liste offen geblieben sind. Als Beispiele nennen wir die Schaffung eines Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz und die strafrechtliche Regelung der Vergewaltigung in der Ehe.

Eine neue Dekade unserer Arbeit beginnt — die noch nicht realisierten Ziele bleiben auf der Tagesordnung. Erreichtes muß ausgebaut werden, z. B. die Verlängerung des Anspruchszeitraums für Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub sowie die rentenrechtliche Anerkennung der überwiegend von Frauen erbrachten Pflegeleistungen analog zu den Kindererziehungszeiten. Wir werden uns in der neuen Legislaturperiode ferner stark machen für eine Reform des Rechts der nichtehelichen Kinder.

Kommunales Ausländerwahlrecht ist verfassungswidrig

Zu den Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts über die Normenkontrollanträge von 224 Abgeordneten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gegen die Einführung eines kommunalen Ausländerwahlrechts in Schleswig-Holstein und Hamburg erklären der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, und der Justitiar Manfred Langner:

Die Union hat ihr Klageziel voll und ganz erreicht. Die Entscheidung hätte nicht eindeutiger ausfallen können; alle acht Richter haben den Antragstellern in beiden Verfahren Recht gegeben. Es ist bedauerlich, daß es überhaupt unserer Klage bedurfte. Eine lang andauernde, von den Verfechtern des Ausländerwahlrechts häufig polemisiert geführte Diskussion wurde heute auf den einfachen juristischen Kern zurückgeführt: Wahlrecht ist Staatsbürgerrecht!

Verfassungsrechtlich war es immer klar, daß das Wahlrecht Ausfluß der deutschen Staatsangehörigkeit ist. So lesen sich die heutigen Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts wie ein Elementarlehrbuch zur Demokratie, Staatsbürgerschaft, Staatsgewalt und zur demokratischen Homogenität im Bundesstaat. In Schleswig-Holstein und Hamburg gilt das Grundgesetz nun wieder unantastet.

Nun richtet sich der Blick nach Berlin. Was nun, Herr Momper? Der Regierende Bürgermeister sollte den Mut haben, der Berliner Bevölkerung zu erklären, daß er sehenden Auges, trotz schwebendem Verfahren, um der AL zu gefallen, auch in Berlin an der Verfassung manipulieren

wollte. Auch das hat Karlsruhe heute gestoppt.

In einer Verlautbarung der Pressestelle des Bundesverfassungsgerichts heißt es: Das Bundesverfassungsgericht — Zweiter Senat — hat seine Entscheidungen in den Normenkontrollverfahren zur Prüfung der Verfassungsmäßigkeit des schleswig-holsteinischen und des hamburgischen Ausländerwahlrechts verkündet.

1. Der Schleswig-Holsteinische Landtag hatte mit einem im Februar 1989 verabschiedeten Gesetz den in Schleswig-Holstein wohnhaften — seit längerer Zeit rechtmäßig im Bundesgebiet lebenden — Ausländern aus sechs europäischen Staaten, in denen sich Deutsche bei Kommunalwahlen beteiligen können, das Wahlrecht zu den Gemeinde- und Kreisvertretungen eingeräumt.

Auf Antrag von Mitgliedern des Deutschen Bundestages und der Bayerischen Staatsregierung hat der Senat das Gesetz in seinem heute verkündeten Urteil für grundgesetzwidrig und nichtig erklärt. Das Gesetz verstoße gegen Art. 28 Abs. 1 Satz 2 GG, nach dem das Volk in den Kreisen und Gemeinden eine gewählte Vertretung haben muß.

Der Begriff des Volkes in den Kreisen und Gemeinden erfasse nur die im Gemeindegebiet wohnenden Deutschen. Er werde in derselben Bedeutung verwandt wie in Art. 20 Abs. 2 GG. Unter Volk im Sinne des Verfassungssatzes „Alle Staatsgewalt geht vom Volk aus“ sei — wie in der Entscheidung näher ausgeführt wird — nicht die Gesamtheit der von den Entscheidungen der Staatsgewalt Betroffenen zu verstehen, sondern das

Staatsvolk der Bundesrepublik Deutschland. Nach dem Grundgesetz werde das Staatsvolk von den Deutschen (Art. 116 GG) gebildet. Dementsprechend könne nach der Konzeption der Verfassung auch das Wahlrecht zum Bundestag und zu den Landtagen nur Deutschen zustehen. Daran habe sich durch die erhebliche Zunahme des Anteils der Ausländer an der Einwohnerschaft der Bundesrepublik Deutschland nichts geändert. Wolle der Gesetzgeber im Interesse der demokratischen Idee möglichst allen, die auf Dauer in der Bundesrepublik leben und damit der deutschen Staatsgewalt unterworfen sind, die Möglichkeit eröffnen, durch Beteiligung an den Wahlen Einfluß auf die Ausübung dieser Staatsgewalt zu nehmen, so könne er dieses Ziel nicht dadurch erreichen, daß er das Wahlrecht auf Ausländer erstrecke, sondern nur durch staatsangehörigkeitsrechtliche Regelungen.

Die aus Art. 20 Abs. 2 GG für Wahlen auf staatlicher Ebene folgende Beschränkung des Wahlrechts auf Deutsche gelte kraft der vom Verfassungsgeber in Art. 28 Abs. 1 Satz 2 GG getroffenen Entscheidung auch für die Wahlen zu den Vertretungen des Volkes in den Kreisen und Gemeinden. Dies ergebe sich, von anderen Gründen abgesehen, vor allem aus dem Sinn und Zweck der Vorschrift. Sie wolle nicht die mitgliedschaftlich partizipatorische Komponente, die aller Selbstverwaltung eigen sei, für den Bereich der kommunalen Selbstverwaltung von Verfassungen wegen stärken. Vielmehr sei es ihr Anliegen, für alle Gebietskörperschaften auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland die Einheitlichkeit der demokratischen Legitimationsgrundlage zu gewährleisten. Damit trage sie der — historisch gewachsenen — besonderen Stellung der kommunalen Gebietskörperschaften im Ausbau des demokratischen Staates Rechnung.

Abschließend weist das Gericht darauf hin, daß aus dem Urteil nicht folge, daß die derzeit im Bereich der Europäischen Gemeinschaft erörterte Einführung eines Kommunalwahlrechts für Ausländer nicht Gegenstand einer zulässigen Verfassungsänderung sein könne.

(Urteil vom 31. Oktober 1990 — 2 BvF 2/89, 2 BvF 6/89)

2. In Hamburg hatte die Bürgerschaft — ebenfalls mit einem im Februar 1989 verabschiedeten Gesetz — allen Ausländern, die seit längerer Zeit rechtmäßig im Bundesgebiet leben, das Wahlrecht zu den Bezirksversammlungen eingeräumt.

Die Hamburger Regelung unterscheidet sich von der schleswig-holsteinischen vor allem im Hinblick auf die rechtliche Stellung und die Aufgaben der Bezirke und Bezirksversammlungen: Der Stadtsenat Hamburg erfüllt für seine Bürger alle Funktionen, die in Flächenländern auf Land, Kreise und Gemeinden aufgeteilt sind. Die sieben Bezirke, die es in Hamburg gibt, sind dezentrierte Verwaltungseinheiten der unmittelbaren Staatsverwaltung Hamburgs. Verwaltungsorgan ist jeweils das von dem Bezirksamtsleiter geführte Bezirksamt. Ihm ist die Bezirksversammlung als Beschlussorgan zur Seite gestellt. Deren Mitglieder werden durch die zeitgleich mit den Bürgerschaftswahlen abzuhaltenden Wahlen zu den Bezirksversammlungen bestimmt.

Auf Antrag von Mitgliedern des Deutschen Bundestages hat das Bundesverfassungsgericht auch das Hamburger Gesetz zur Einführung des Ausländerwahlrechts bei den Wahlen zu den Bezirksversammlungen für grundgesetzwidrig und nichtig erklärt. Es verstoße zwar nicht gegen Art. 28 Abs. 1 Satz 2 GG; die Norm sei nicht einschlägig, weil es sich bei den Bezirksversammlungen — anders als bei den Gemeinden und Kreisen — nicht um Gebietskörperschaften handele. Die Ein-

Gesetzliche Regelung für das Freiwillige ökologische Jahr in Vorbereitung

Seit 1988 läuft in Niedersachsen ein vom Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit gefördertes Modell für die Einführung eines Freiwilligen ökologischen Jahres (FöJ). Ziel dieses Modellversuchs sei es, so der Parlamentarische Staatssekretär Anton Pfeifer, praktische Erfahrungen für eine gesetzliche Regelung zu sammeln, deren wesentlicher Inhalt unter anderem sein muß, für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Freiwilligen ökologischen Jahres die soziale Absicherung zu schaffen, die das Gesetz zur Förderung eines Freiwilligen Sozialen Jahres für die dortigen Teilnehmerinnen und Teilnehmer vorsieht.

Um die Erfahrungsbasis zu verbreitern, wurde am 1. 9. 1990 der Modellversuch in Baden-Württemberg begonnen; am 1. 3.

1991 beginnt er in Schleswig-Holstein. In den neuen Bundesländern sind die notwendigen Vorbereitungen im Gange, um auch dort die Möglichkeit der Teilnahme an einem Freiwilligen ökologischen Jahr zu eröffnen.

Das Modell Niedersachsen hat bereits bewiesen, daß mit dem Freiwilligen ökologischen Jahr jungen Menschen die Chance gegeben wird, ihr ökologisches Engagement in freiwilliges Handeln umzusetzen und durch das gemeinschaftliche Tun in der Natur sowie das Lernen für die Natur die eigene Persönlichkeit weiter zu entwickeln. Die Nachfrage nach einer Teilnahme am Freiwilligen ökologischen Jahr wächst ständig.

Es muß deshalb in der nächsten Legislaturperiode die noch fehlende gesetzliche Regelung geschaffen werden. Vorbereitungen dazu haben bereits begonnen. Ein erstes Gespräch mit den Vertretern aller Bundesländer über diese Thematik wird noch in diesem Monat in Bonn stattfinden.

beziehung von Ausländern in den Kreis der zu den Bezirksversammlungen Wahlberechtigten verletzte aber das gemäß Art. 28 Abs. 1 Satz 1 GG auch für die Länder verbindliche demokratische Prinzip. Die Bezirksversammlungen hätten — wie in der Entscheidung näher ausgeführt ist — nicht lediglich beratende Funktionen. Sie seien nicht bloße Beiräte, die sich an der Ausübung von Staatsgewalt durch andere Organe nur vorbereitend beteiligten. Das Bezirksversammlungs-gesetz räume ihnen vielmehr nicht wenige, durchaus gewichtige Entscheidungskompetenzen ein. Bei deren Wahrnehmung übten sie — auch unter Berücksichtigung der Letztentscheidungs- und Selbsttrittsrechte des Senats — Staatsgewalt aus. Dementsprechend müsse der Lan-

desgesetzgeber einen hinreichenden Gehalt an demokratischer Legitimation sicherstellen. Das Bezirksverwaltungs-gesetz sehe vor, daß den Mitgliedern der Bezirksversammlung diese Legitimation unmittelbar durch Volkswahl vermittelt werde. Dann aber sei dem demokratischen Prinzip im Sinne des Grundgesetzes nur genügt, wenn die Wahl allein den Willen des örtlich begrenzten Teils des Staatsvolkes zur Geltung bringe, d. h. durch die in den Bezirken wohnenden Deutschen vorgenommen werde. Die Verleihung des Wahlrechts zu den Bezirksversammlungen an Ausländer sei deshalb verfassungswidrig.

(Urteil vom 31. Oktober 1990 — 2 BvF 3/89)

Heinz Seesing:

Neues Embryonenschutzgesetz wirkt bewußtseinsbildend

Mit dem Embryonenschutzgesetz wird rechtspolitisches Neuland betreten. Durch strafrechtliche Verbote wird in Bereiche der Forschung eingegriffen. Schon jetzt wird die Anwendung therapeutischer Maßnahmen verboten, die technisch noch nicht ausgereift sind, die aber ganze künftige Generationen verändern könnten.

Dieses Gesetz legt die Grenzen der Anwendung der neuen Methoden der In-vitro-Fertilisation und verwandter Verfahren fest. Vor allem wird es sich aber bewußtseinsbildend bei allen Fragen des Schutzes menschlichen Lebens auswirken. Nicht alle Rechtsprobleme der sogenannten Fortpflanzungsmedizin können in diesem Gesetz geregelt werden. Für Regelungen des Schutzes des menschlichen Embryos ist es höchste Zeit. Die bisherigen standesrechtlichen und sonstigen mehr freiwilligen Regelungen können nicht mehr sehr lange Bestand haben. Der Gesetzgeber ist deswegen gefordert.

Was bringt uns nun das Embryonenschutzgesetz?

1. Es wird untersagt, auf eine Frau eine fremde unbefruchtete Eizelle zu übertragen, um sie dann im Körper dieser Frau natürlich oder künstlich zu befruchten.

2. Eine Eizelle darf nur befruchtet werden, um bei der Frau eine Schwangerschaft herbeizuführen, von der die Eizelle stammt. Das bedeutet, daß die gezielte Erzeugung menschlicher Embryonen zu Forschungszwecken verboten ist.

3. Der Schutz des Menschen beginnt im Augenblick der Entstehung menschlichen Lebens, das heißt: im Augenblick der Verschmelzung der Kerne von Eizelle und Samenzelle. Ohne diese genaue Festlegung, die im § 8 des Gesetzes vorgenommen wird, wären die Vorschriften des Gesetzes sinnlos. Es gibt weder naturwissenschaftlich noch rechtlich, noch religiös eine andere Lösungsmöglichkeit.

4. Höchstens drei Embryonen dürfen auf eine Frau übertragen werden, um eine Schwangerschaft herbeizuführen. Es dürfen auch nicht mehr Eizellen befruchtet werden, als übertragen werden dürfen.

5. Die verbrauchende Forschung an und der Handel mit sogenannten überzähligen Embryonen wird strafrechtlich verboten. Man kann sich fragen, ob es aus ethischer Sicht nicht vertretbar sei, diesem ungewollt nutzlosen Leben noch einen Sinn zu geben und es für hochrangige Forschungsziele dienen zu lassen. Aber: Was sind hochrangige Forschungsziele? Bisher ist kein hochrangiges Forschungsziel genannt worden, zu dessen Erreichen man gegenwärtig menschliche Embryonen verbrauchen müßte. Wenn man ein solches Ziel wirklich finden würde, ist es doch sehr fraglich, ob sich dann die Forschung mit einzelnen überzähligen Embryonen zufrieden geben könnte und würde. Im übrigen darf man im Artikel 5 Absatz 3 keine verfassungsrechtliche Grundlage für den Forscher sehen, menschliches Leben zu töten, um Erkenntnisgewinne zu erreichen.

6. Die wissentliche Befruchtung einer Eizelle mit dem Samen eines schon ver-

Erste gesamtdeutsche Schülerbefragung durchgeführt

Im Oktober 1990 hat die Deutsche Shell AG erste Teilergebnisse ihrer neuen großen Jugendstudie vorgestellt, die 1992 herausgegeben werden soll. Es handelt sich um eine Schülerbefragung von Jugendlichen zwischen 13 und 18 Jahren, die alle Schulformen einschließlich des berufsbildenden Schulwesens umfaßt.

Die repräsentative Befragung wurde in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Nordrhein-Westfalen durchgeführt. Sie vergleicht insbesondere Werteeinstellungen der Schüler in den ehemals getrennten Gebieten. Die Befragung fand vom 19. Mai bis zum 26. Juni 1990 statt.

Die wichtigsten Ergebnisse

Die Jugendlichen aus West und Ost setzen gleiche Prioritäten für ihr Leben:

1. Gute Freunde haben;
2. Erfolg im Beruf;
3. eigene Familie;
4. unabhängig sein.

Die Schüler, die in der ehemaligen DDR aufwuchsen, sind von dem Geschehen in ihrem Land seit dem letzten November stark betroffen, da sie in kürzester Zeit Straßenöffentlichkeit, politische Machtwechsel, Basisdemokratie und den Verfall gesellschaftlicher Autoritäten miterleben konnten. Das läßt sie, wie die Befragung deutlich ausweist, politischer, bewußter und engagierter auf den Prozeß der Vereinigung reagieren als ihre westdeutschen Mitschüler, die das Ganze als weniger Beteiligte aus der Ferne beobachten.

Die Schüler aus der ehemaligen DDR setzen ungeachtet der bestehenden Angst und Ungewißheit, vor allem in bezug auf

storbenen Mannes wird strafrechtlich geahndet.

7. Von besonderer Bedeutung ist das Verbot der künstlichen Veränderung menschlicher Keimbahnzellen. Das Problem der sogenannten Keimbahntherapie liegt ja insbesondere darin, daß alle Nachkommen eines Menschen betroffen sind, der aus der Verschmelzung der Kerne einer gentechnisch veränderten Eizelle und einer möglicherweise ebenso behandelten Samenzelle entstanden ist. Das wäre der klassische Fall von Menschenzüchtung, selbst wenn zunächst nur von der Heilung von Krankheiten gesprochen würde.

8. Das Klonen und die Chimären- und Hybridbildung wird verboten.

9. Der Rechtsausschuß hat einen Arztvorbehalt in den Gesetzentwurf eingefügt

und damit eine Forderung des Bundesrates erfüllt. Danach darf auch nur er eine Konservierung eines menschlichen Embryos oder einer Eizelle, in die eine Samenzelle eingedrungen oder künstlich eingebracht worden ist, vornehmen. Ich will ganz deutlich machen, daß die Konservierung von Embryonen nur ausnahmsweise zuzulassen ist, wenn der Gesundheitszustand der Frau den Transfer vorübergehend nicht erlaubt, die Frau diesen aber weiterhin wünscht. Ich kann mir vorstellen, daß wir diesen Punkt in einem Fortpflanzungsmedizinengesetz genau festlegen werden.

Ich möchte auch vorschlagen, gleich zu Beginn der nächsten Wahlperiode die dafür notwendigen Grundgesetzänderungen auf den Weg zu bringen.

Ausbildung und Beruf, erheblich mehr Hoffnungen in die Vereinigung, als die westdeutschen dies tun; sie sehen die gesellschaftliche Entwicklung zuversichtlicher und glauben häufiger daran, daß die wirtschaftlichen und ökologischen Fragen sich lösen lassen werden.

Während etwa 70 Prozent der Jugendlichen in Sachsen und Sachsen-Anhalt Übereinstimmung mit der Position ihrer Eltern zur Wiedervereinigung bekunden, ist dies nur bei der Hälfte der befragten Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen der Fall; hier kennt jeder fünfte Schüler nicht einmal die Meinung seiner Eltern zu diesem Thema, in Sachsen und Sachsen-Anhalt sind dies weniger als zehn Prozent.

Ein weiteres Merkmal, das die Schüler in den damals noch getrennten Teilen Deutschlands voneinander unterscheidet, ist die Tatsache, daß die einen interessiert in den Westen blicken, während die anderen — eher desinteressiert oder ängstlich — den Blick vom Osten abwenden. So hat die Hälfte der befragten Schüler in Sachsen und Sachsen-Anhalt infolge der Massenflucht der letzten beiden Jahre ehemalige Mitschüler und Freunde im Westen, aber nur eine kleine Minderheit erwägt den Wechsel in ein westdeutsches Bundesland. Alle Befragten waren allerdings seit Öffnung der Grenze im Westen, 52 Prozent davon länger als einen Tag, während nur ein Bruchteil der befragten Schüler aus Nordrhein-Westfalen (12 Prozent) die DDR bereist hatte. Schüler „von drüben“ im eigenen Freundeskreis zu haben, fänden 50 Prozent der befragten Schüler aus Sachsen und Sachsen-Anhalt, aber nur 19 Prozent der befragten Schüler aus Nordrhein-Westfalen „sehr angenehm“.

Westdeutsche Jugendliche erfahren eine Verunsicherung der eingespielten bundesdeutschen Identität, die plötzlich durch

nationale Identitätsangebote und -zwänge in Frage gestellt wird, obwohl diese ihnen als Kinder der siebziger Jahre lebensgeschichtlich eher fremd sind.

Das gleiche geschichtliche Ereignis ist für die Jugendgeneration in Ost und West von unterschiedlicher existenzieller Bedeutung: Die Jugendforscher wagen die Prognose, daß zwei unterschiedliche Generationsgestalten aus der Erfahrung der Wende hervorgehen werden: eine durch das Miterleben des Wandels in der ehemaligen DDR politisch aufgestörte, aktivierte und politisierte Ost-Jugendgeneration und eine im Vergleich hierzu politisch „ruhende“ und weniger zu einem profilierten Selbstbewußtsein gekommene West-Jugendgeneration.

Unter den Schülern in der ehemaligen DDR stellt die Untersuchung eine politische Polarisierung fest:

- Auf der einen Seite die „West-Anhänger“, die mit Hilfe der CDU/CSU eine umgehende Abschaffung der in der „DDR“ herrschenden Verhältnisse anstrebten;
- auf der anderen Seite die Kritiker des „bedingungslosen West-Anschlusses“, die sich an Basisbewegungen wie dem Bündnis 90, an den Grünen, der Frauenbewegung und der PDS ausrichten. Ihr Anteil unter den 15- bis 17jährigen umfaßt etwa ein Drittel und ist damit deutlich höher als im Westen.

50 Millionen DM für Mütter

Die Bundesregierung hilft 1991 werden den Müttern mit 50 Millionen Mark. Zum Kauf von Wohnungseinrichtungen beispielsweise. Außerdem werden in den neuen Bundesländern 200 Beratungsstellen eingerichtet. Die Finanzierung der Kindergärten und Kindertagesstätten ist bis Juni 1991 gesichert.

Spielhallenboom gebrochen

Spielstätten schießen nicht mehr wie Pilze aus dem Boden. Die Expansion ist durch die getroffenen bau-, steuer- und gewerberechtlichen Maßnahmen jetzt gebrochen worden. Waren die Zuwachsraten 1987 und 1988 noch zweistellig, hat es 1989 nur noch einen Anstieg der Spielhallenstandorte um 3,75 Prozent gegeben. Die Zahl der Genehmigungen ging um 6,3 Prozent zurück, stellt MdB Wolfgang Börnsen, Mitglied des Wirtschaftsausschusses, fest.

Viele Städte und Gemeinden haben durch Bebauungspläne eine neue Struktur in den Innenbereichen geschaffen oder mit Hilfe der Veränderungssperre den Boom neuer Spielstätten eingedämmt. Neben den baurechtlichen, haben in der zweiten Phase auch die steuerrechtlichen Vorhaben (Spielhallensteuer) dazu beigetragen, daß Neuansträge zum Spielhallenbetrieb rapide zurückgingen.

Drastische Reduzierung

Die zunehmende Konzentration dieser Stätten brachte Bürger auf die Barrikaden. Eine Verödung der Stadtkerne wurde ebenso befürchtet wie ein Qualitätsverlust der Daseinsvorsorge. Mit der verabschiedeten Spielhallenverordnung von 1985 wird besonders bei Geldspielgeräten mit Beginn des kommenden Jahres eine drastische Reduzierung um fast ein Drittel dieser Automaten erfolgen, so daß es wesentlich weniger Hallen und Münzspielgeräte geben wird. Der jetzt durchgesetzte vierte Schritt, dem auch der Bundesrat zugestimmt hat, schränkt die Attraktivität der Geldautomaten deutlich ein. Die Selbstbeschränkungsvereinba-

lung des Bundeswirtschaftsministers mit der Automatenwirtschaft, die u. a. das gleichzeitige Bespielen mehrerer Geräte verhindert, die deutliche Einschränkung des Münzspeichers und die Einrichtung einer Zwangspause neu einführt, Werbemaßnahmen einschränkt und den Jugendschutz verbessert, wird die von den Geldgeräten ausgehenden Spielanreize erheblich verringern. Sie tragen dazu bei, Spielabhängigkeit zu drosseln.

Für Selbstbeschränkung

Wie in der Vergangenheit bleibt es bei einem Höchsteinsatz von 0,30 DM und dem Höchstgewinn im einfachen Spiel bei 3 DM. Auch die Risikotaste wurde entschärft. Wenn die Selbstbeschränkung funktioniert, können weitere gesetzliche Maßnahmen vermieden werden. Um diese Voraussetzungen sicherzustellen und um die weitere Entwicklung kritisch zu begleiten, wird eine Schiedsstelle zur Behandlung etwaiger Verstöße eingerichtet.

Die Regierung hat also konsequent und erfolgreich gehandelt. Doch auch die Länder und Kommunen sind durch ihre Eingriffsmöglichkeiten dem Expansionsdrang einer ganzen Branche entgegengetreten. Ausgenommen sind die Automaten in Gaststätten, wo durchweg nur zwei Geräte stehen, dabei soll es auch bleiben. Der Spielhallenboom wie die Spielreize der Geräte sind begrenzt worden, ohne staatliche Reglementierung und Verbotsstrategie. Die Freiheit in der Freizeit zu tun was man möchte, bleibt gesichert, so wie es in einer freiheitlichen Gesellschaft sein muß. Der mündige Bürger behält sein Recht auf Selbstentscheidung; doch die Risiken sind erheblich verringert worden.

Die Einheit A-Z

CDU

FAKTEN

DIE FÜR SICH SPRECHEN

1982

Zahlen die Sie lesen sollten

1990

CDU

Für den Bundestags- Wahlkampf '90

– Die Argumente –

Die CDU sucht in der Wahlkampfphase mit Dialogwochen und Dialogaktionen das Gespräch mit den Bürgern, um mit diesen Aktionen möglichst orts- und bürgernah zu den Entscheidungsthemen der gesamtdeutschen Wahl hinzuführen. Als Argumentationsmaterial für dieses Gespräch haben wir die Reihe unserer Faltblätter „Was sagt die CDU zum Thema“ vervollständigt und die folgenden A6-Broschüren herausgebracht:

● Einigungsvertrag von A-Z

Bestell-Nr.: 5349

Mindestabnahme: 50 Exemplare

Preis pro Verpackungseinheit: 18,— DM

● Fakten, die für sich sprechen 1982–1990

Bestell-Nr.: 5316

Mindestabnahme: 50 Exemplare

Preis pro Verpackungseinheit: 18,— DM

Bestellungen beim
IS-Versandzentrum
Postfach 1328
4804 Versmold

Alle Preise verstehen sich
inklusive Versand
zuzüglich Mehrwertsteuer.

**Unsere
Faltblätter**

Wir haben die Serie unserer Faltblätter „Was sagt die CDU zum Thema“ vervollständigt. Neu sind die Themen:

- Arbeitnehmer:
Bestell-Nr.: 2304
- Bundeswehr:
Bestell-Nr.: 2305
- In der Serie sind bereits erschienen:
- Ausländer:
Bestell-Nr.: 2214
- Umwelt:
Bestell-Nr.: 2215
- Renten:
Bestell-Nr.: 2216
- Drogen:
Bestell-Nr.: 2217
- Familie:
Bestell-Nr.: 2290
- Landwirtschaft:
Bestell-Nr.: 2295
- Alter:
Bestell-Nr.: 2299
- Pflege:
Bestell-Nr.: 2300
- Gesundheitsreform:
Bestell-Nr.: 2301
- Sicherheit des Bürgers:
Bestell-Nr.: 2302

Mindestabnahme:
50 Exemplare
Preis pro Verpackungseinheit: 15,- DM.
inklusive Versand
zuzüglich MwSt.

**WAS SAGT
DIE *CDU*
ZUM THEMA**

**Arbeit-
nehmer**

**WAS SAGT
DIE *CDU*
ZUM THEMA**

**Bundes-
wehr**

**WAS SAGT
DIE *CDU*
ZUM THEMA**

pflege

**WAS SAGT
DIE *CDU*
ZUM THEMA**

Familie

Warum es mit der SPD nicht geht

Die Auswirkungen dieser Wahl reichen weit über eine Legislaturperiode hinaus.

Jeder, der am 2. Dezember nicht zur Wahl geht, muß die Folgen bedenken, wenn Helmut Kohls Politik nicht fortgesetzt werden könnte.

Deutschlands Zukunft würde von SPD, den Grünen und von Oskar Lafontaine bestimmt. Prüfen Sie genau, ob Sie dies wollen.

Gerade jetzt kommt es darauf an, daß die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit erhalten bleibt.

Sie ist das A und O für Wohlstand, Arbeitsplätze und soziale Sicherheit. Die SPD versteht nichts von der Wirtschaft und kann nicht mit Geld umgehen.

Es kommt darauf an, daß Deutschland auch in der Außenpolitik auf einem klaren und berechenbaren Kurs bleibt. Gerade in der Außenpolitik waren jetzt Experimente gefährlich für unsere Zukunft. Helmut Kohl gilt weltweit als zuverlässiger Politiker. Er genießt Vertrauen in Ost und West.

Mit der SPD würde Deutschland

am 2. Dezember einen Fehltrast erleben.

Helfen Sie mit, daß die Weichen für eine gute Zukunft jetzt richtig gestellt werden.

Wählen gehen!

Gehen Sie am 2. Dezember wählen. Geben Sie Ihre Erst- und Zweitstimme. Mit Ihrer Zweitstimme entscheiden Sie über die Mehrheit im Deutschen Bundestag und dar-

über, wer Kanzler wird. Die Zweitstimme ist die Kanzlerstimme. Helmut Kohl muß Kanzler bleiben.

Die CDU hat gezeigt, wie man die Wirtschaft in Schwung bringt. Seit 1982, seit Helmut Kohl Kanzler ist, befindet sich der Westen Deutschlands auf einem beispiellosen Erfolgskurs: Die Wirtschaft wächst. Mit über 28 Millionen Beschäftigten wurde in den westlichen Bundesländern ein Nachkriegsrekord erreicht. Allein in den letzten zwölf Monaten wurden über 700.000 zusätzliche Arbeitsplätze – seit 1983 sogar über 2,1 Millionen – geschaffen. Die Einkommen sind so hoch wie nie.

Der Standort Deutschland zählt wieder zu den ersten Adressen in der Welt. Die D-Mark gehört zu den internationalen gefragtsten und haltbarsten Währungen. Wann überhaupt hätten die Deutschen sich die Einheit leisten können, wenn nicht jetzt? Wäre die Einheit 1982 gekommen, mitten in der von der SPD hinterlassenen Krise, dann hätte es wirklich Probleme gemacht, die Einheit zu finanzieren.

Überall in der Welt hat der Sozialismus versagt

Überall in der Welt hat der Sozialismus versagt. Im Zentralkomitee der KPdSU wird über die Einführung der Sozialen Marktwirtschaft diskutiert; die SPD hingegen schreibt jetzt noch den demokratischen Sozialismus in ihr Grundsatzprogramm und beruft sich auf die „Marx'sche Geschichts- und Gesellschaftslehre“ als eine Wurzel ihrer Politik.

Mit dem demokratischen Sozialismus haben wir in Ost und West schlechte Erfahrungen gemacht.

Deutschland braucht keinen demokratischen Sozialismus, sondern die Soziale Marktwirtschaft.

In den 13 Jahren ihrer Regierung – von 1969 bis 1982 – hat die SPD die Bundesrepublik Deutschland in die größte Wirtschafts- und Sozialkrise der Nachkriegszeit geführt:

Arbeitsplätze wurden vernichtet: allein in den letzten beiden Jahren der SPD-Regierung 530.000.

Die Preise stiegen im gleichen Zeitraum um 6,3 bzw. 5,3 Prozent. Die Inflation fraß Lohn- und Rentenerhöhungen und Ersparnisse auf.

Die Rentenversicherung stand vor der Zahlungsunfähigkeit. Das Gesundheitssystem stand vor dem Zusammenbruch, und dies trotz ständig steigender Beiträge.

Die SPD hat die Bundesrepublik Deutschland, eines der leistungsfähigsten Länder der Welt, in die

Krise geführt. Wo soll diese Partei den schwierigen Aufbau in den neuen Bundesländern schaffen?

Wird die SPD von der Wirtschaft nicht verstanden, würde mit ihr der wirtschaftliche Aufschwung blockiert, die internationale Wettbewerbsfähigkeit des industriestandortbesitzenden Deutschland untergraben, Arbeitsplätze vernichtet und die soziale Sicherheit der Menschen aufs Spiel gesetzt.

SPD will Benzin-Preis drastisch erhöhen!

Mit ihrem Ökosteuerkonzept setzt die SPD auf die Erhöhung der Preise für Benzin, Heizöl und Gas. Jeder Autofahrer, Mieter und Hausbesitzer kann sich ausrechnen, was ihm das kosten würde.

Und dabei setzt die SPD auch noch am falschen Hebel an: Wenn weniger Auto gefahren wird, weil das Benzin teurer geworden ist, dann fehlen der SPD die Steuereinnahmen, die sie anderweitig verplant hat. Und das bedeutet: ständige Steuererhöhungen oder steigende Staatsverschuldung.

Wenn die Steuereinnahmen aber wie geplant fließen, dann wird nicht weniger Auto gefahren. Die Umwelt wird nicht entlastet.

Die SPD will das Autofahren vermessen. Die CDU dagegen will Autofahrer belohnen, wenn sie Wagen fahren, die möglichst wenig Schadstoffe in die Luft blasen. Deshalb wollen wir nicht das Benzin, sondern den Schadstoffausstoß teurer machen. Die Kfz-Steuer soll sich künftig nicht

mehr am Hubraum, sondern am Schadstoff orientieren, die Kfz-Steuer soll damit wie eine Schadstoffsteuer wirken. Wer ein umweltfreundliches Auto fährt, zahlt weniger als derjenige, der die Umwelt belastet.

Das setzt auch die richtigen Impulse für die Automobilindustrie. Wer künftig keine schadstoffarmen Autos anbietet, wird auf seinen Autos sitzenbleiben.

Die Deutschen bauen die besten Autos der Welt. Deshalb sind sie auch in der Lage, Autos zu bauen, die im Schnitt nicht mehr 9 Liter, sondern nur noch 5 Liter auf 100 Kilometer verbrauchen. Damit läßt sich auch viel Geld verdienen, weil Umwelttechnologie eine Zukunftsbranche ist. So schafft das Konzept der CDU auch mehr Arbeitsplätze.

Das SPD-Konzept ist wohlstands-

und beschäftigungsfreudlich. Denn höhere Energiesteuern belasten die Unternehmen. Das aber bedeutet: weniger Umweltforschung und -investitionen und weniger Investitionen in neue Arbeitsplätze.

Die Ökosteuer-Pläne der SPD würden den Bürgern tief in die Tasche greifen, der Wirtschaft schaden und nichts für die Umwelt bringen.

SPD auch außenpolitisch gescheitert

Wo wären wir heute, wenn sich die SPD in der Außen- und Sicherheitspolitik durchgesetzt hätte?

Der Abrüstungs- und Entspannungsprozeß wäre nicht in Gang gekommen.

Die Chemiewaffen wären nicht abgezogen, die nuklearen Mittelstreckenwaffen nicht verschrottet worden, die Zahl der deutschen Soldaten könnte nicht von über 600.000 auf 370.000 verrin-

gert werden und die sowjetischen Soldaten würden nicht aus Deutschland abgezogen werden.

Die SPD hat sich an die Seite der kommunistischen Unterdrücker gestellt und nicht an die Seite der Freiheit.



Argumente zur Auseinandersetzung mit der SPD

● Flugblatt, A3 „Warum es mit der SPD nicht geht“

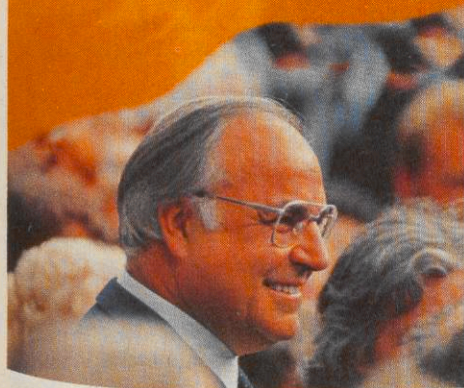
Bestell-Nr.: 1369

Mindestabnahme: 100 Exemplare

Preis pro Verpackungseinheit: 12,50 DM.

Neu im Angebot:

Jetzt brief- wählen!



● Briefwahlprospekt

Bestell-Nr.: 2370
Mindestabnahme: 100 Exemplare
Preis pro Verpackungseinheit: 12,30 DM.

● Das Wahlprogramm

Bestell-Nr.: 5368
Mindestabnahme: 50 Exemplare
Preis pro Verpackungseinheit: 20,- DM

Achtung Anzeigen! Erste Schaltung am 15. November

In diesem Wahlkampf werden wir Anzeigen schalten in: regionalen Tageszeitungen (West und neue Bundesländer), überregionale Tageszeitungen, Kaufzeitungen, Anzeigenblätter.

Folgende Termine sind vorgesehen:

Donnerstag, 15. November 1990

Kaufzeitungen
Zeitungen neue Bundesländer

Freitag, 16. November 1990

überregionale Tageszeitungen West
überregionale Tageszeitungen

Montag, 19. November 1990

Kaufzeitungen
Zeitungen neue Bundesländer

Dienstag, 20. November 1990

regionale Tageszeitungen West
überregionale Tageszeitungen

Donnerstag, 22. November 1990

Kaufzeitungen
Zeitungen neue Bundesländer

Freitag, 23. November 1990

regionale Tageszeitungen West
überregionale Tageszeitungen

Montag, 26. November 1990

Kaufzeitungen

Dienstag, 27. November 1990

regionale Tageszeitungen West

Mittwoch, 28. November 1990

Zeitungen neue Bundesländer
überregionale Tageszeitungen

Donnerstag, 29. November 1990

regionale Tageszeitungen West
Kaufzeitungen
Anzeigenblätter

Freitag, 30. November 1990

Kaufzeitungen
überregionale Tageszeitungen
Zeitungen neue Bundesländer

Samstag, 1. Dezember 1990

regionale Tageszeitungen West

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

Wählen gehen!

Beide Stimmen für die CDU
Zweitstimme
ist
Kanzlerstimme

~~CDU~~ ~~CDU~~ **CDU**

Dies ist die neueste Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten. Wenn Sie in den Verteiler für Wandzeitungen aufgenommen werden möchten, wenden Sie sich bitte an Ihre Kreisgeschäftsstelle, die Ihre Angaben an die Bundesgeschäftsstelle weiterleiten wird.

UID

36/90

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91, Telefax (02 28) 23 40 93. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 544-421. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lühje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 48,— DM. **Einzelpreis** 1,20 DM. **Herstellung:**  Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.